

Abg. Waldästl sagte, der Kreistag habe das Maßnahmenprogramm 2025 für den Rhein-Sieg-Kreis auf dem Weg gebracht, welches nunmehr konkretisiert und ergänzt werden solle. Man müsse sich auf die Realisierung eines CO<sup>2</sup>-neutralen Rhein-Sieg-Kreises konzentrieren und schauen, welche Standorte es für Geothermie, Wind oder Wasserkraft gäbe.

Bei Neubaugebieten in den Kommunen müsse man an die Einrichtung eines ÖPNV-Anschlusses im Sinne der Mobilität denken. Ein Ansatz für einen attraktiven ÖPNV wäre darüber hinaus das Thema kostenfreier Nahverkehr als langfristiges Ziel anzubringen und als Zwischenschritt die Einführung eines 1 Euro-Tickets zu realisieren.

Außerdem wolle man neben der E-Mobilität das Thema Nutzung von Wasserstoff im Rhein-Sieg-Kreis populärer machen zumal hierfür Bundesförderprogramme abgerufen werden können. Durch die Nutzung könne die CO<sup>2</sup>-Bilanz im Verkehrsbereich weiter verbessert werden.

Im Bereich Landwirtschaft und Wälder gäbe es ein großes Thema Spicher Wald, bei dem immer Debatten um die Eingriffe stattfänden. Seine Fraktion vertrete die Auffassung, dass es dort keine weiteren eingriffe geben dürfe.

Hinsichtlich der Thematik Müllvermeidung und nachhaltiger Umgang mit Lebensmitteln müsse ein „plastikfreier Rhein-Sieg-Kreis“ in den Fokus gerückt werden. Hierbei könne der Rhein-Sieg-Kreis und seine Gesellschaften bei eigenen Veranstaltung und dem Verzicht auf die Nutzung von Plastik mit gutem Beispiel vorangehen.

Darüber hinaus halte er es für sinnvoll, das Thema Fair-Trade aufzugreifen, sodass der Rhein-Sieg-Kreis als Zeichen eines nachhaltigen Umgangs eine Zertifizierung mit einem Gütesiegel als Fair-Trade Kommune anstreben solle.

Abg. Steiner wies hinsichtlich der Nutzung des ÖPNV darauf hin, dass im Rhein-Sieg-Kreis auch ohne eines 365-Euro Ticketangebotes eine hohe Akzeptanz und Nachfrage bestehe, da im ÖPNV insbesondere auch die Qualität und das Angebot entscheidend seien.

Er bat darum, dass der Antrag bei einem Verweis in einem Fachausschuss auch der in der neuen Wahlperiode zuständige Fachausschuss für den ÖPNV berücksichtigt werde.

Abg. J. Becker bat darum, dass bei einem Verweis des Antrags in den zuständigen Ausschuss die Verwaltung eine Maßnahmeübersicht mit Ergebnissen der Umsetzung zur Verfügung stellt.

Dann ließ der Landrat über den Verweis des Antrags in die insgesamt zu beteiligenden Fachausschüsse (Umweltausschuss und der Ausschuss für den ÖPNV) in der neuen Wahlperiode abstimmen.